

Überblick über den Stand der Forschung in der Neuen Politischen Ökonomie*

Bruno S. Frey

Die Neue Politische Ökonomie ist zu einem akademisch akzeptierten Gebiet geworden. Nach anfänglichen großen Widerständen hat sie eine große Ausstrahlung erreicht: In der Wirtschaftswissenschaft selbst ist sie sowohl in der Theorie wie auch in der Finanzwissenschaft und Wirtschaftspolitik fest etabliert. In der Politikwissenschaft hat sie insbesondere in den Vereinigten Staaten einen Durchbruch erzielt, wird aber bisher gerade im deutschsprachigen Raum von den Politologen kaum zur Kenntnis genommen; in der Soziologie haben einige Teile, besonders die Theorie der Gruppen, Aufnahme gefunden.

Der Erfolg der Neuen Politischen Ökonomie kann auf zwei Gründe zurückgeführt werden, die stark voneinander abhängig sind. Das behandelte Sachgebiet, nämlich die gegenseitige Abhängigkeit von Wirtschaft und Politik, ist gerade für eine moderne Gesellschaft von offensichtlicher Bedeutung; die wissenschaftliche Forschung im Bereich der Neuen Politischen Ökonomie hat große Fortschritte gemacht. Es lassen sich fünf Phasen (Vorläufer, Klassiker, analytische Ausarbeitung der Theorie, empirische Testung und Konsequenzen für die Wirtschaftspolitik) der Entwicklung unterscheiden. Die ersten drei Phasen sollen hier nur kurz gestreift werden, weil sie zumindest andeutungsweise bereits bekannt sind; die zwei letzten Phasen sind durch die moderne Forschung soeben erst eingeleitet worden, die Entwicklung befindet sich in vollem Flusse.

Vorläufer

Zu einem der wichtigsten Vorläufer der Neuen Politischen Ökonomie zählt der Österreicher Schumpeter, der die Bedeutung der Konkurrenz der politischen Parteien um die Stimmen der Wähler als ein wesentliches Kennzeichen einer Demokratie beschrieben hat und der Skandinavier Wicksell, der sich mit den Eigenschaften unterschiedlicher Abstimmungsregeln beschäftigt hat. Einige Impulse rühren auch aus der italienischen Finanzwissenschaft, die sich

* Um die Lesbarkeit zu erleichtern, wird auf die Zitierung von Autoren und auf Fußnoten im Text verzichtet. Einige weiterführende Literaturhinweise werden am Ende des Aufsatzes gegeben.

schon früh mit den Problemen auseinandergesetzt hat, die bei Existenz öffentlicher Güter auftreten.

Klassiker

Die Neue Politische Ökonomie gründet sich wesentlich auf vier „klassische“ Werke, die die nachfolgende Forschung grundlegend beeinflußt haben. In ihnen wird gezeigt, in welcher Weise das Instrumentarium der modernen Wirtschaftswissenschaft auf politische Probleme angewandt werden kann. Die vier klassischen Werke sind:

- **A r r o w s** Analyse des Problems der Aggregation individueller Präferenzen zu einer gesellschaftlichen Wohlfahrtsfunktion;
- **D o w n s** Untersuchung der Parteienkonkurrenz und die von ihm entwickelte Hypothese der Stimmenmaximierung der Politiker;
- **B u c h a n a n** und **T u l l o c k s** Auseinandersetzung mit dem Problem der Verfassung;
und schließlich
- **O l s o n s** Analyse des Gruppenverhaltens im Zusammenhang mit dem Angebot öffentlicher Güter.

Jedes dieser Werke hat den Grundstein zu einer eigenen Forschungsrichtung gelegt: Unmittelbaren Einfluß übten vor allem **A r r o w s** und **D o w n s** Analysen aus; nicht selten werden sie mit der ökonomischen Theorie der Politik gleichgesetzt. Wie bereits erwähnt, hat **O l s o n s** Untersuchung besonders auf die benachbarten Sozialwissenschaften große Wirkung ausgeübt. Die von **B u c h a n a n** und **T u l l o c k** aufgeworfenen Gedanken sind anfänglich relativ weniger stark beachtet worden, werden aber gerade in allerjüngster Zeit im Rahmen einer Neuorientierung der Theorie der Wirtschaftspolitik fruchtbar.

Analytische Ausarbeitung der Theorie

Die dritte Phase der Entwicklung der Neuen Politischen Ökonomie, die Ende der sechziger Jahre intensiv begann und bis heute noch nicht abgeschlossen ist, hat sich auf drei Problemkreise konzentriert:

P r ä f e r e n z a g g r e g a t i o n

A r r o w hat nachgewiesen, daß sich im allgemeinen Falle die Präferenzen der Individuen nicht zu einer nichtdiktatorischen Wohlfahrtsfunktion für die Gesamtgesellschaft zusammenfassen lassen. Die nachfolgende Forschung, die kaum mehr überblickbar ist, hat sich fast ausschließlich mit diesem Unmöglichkeitstheorem beschäftigt. Es stellt sich vor allem die Frage, unter welchen Bedingungen das Unmöglichkeitstheorem nicht zutrifft, d. h. eine konsistente gesellschaftliche Wohlfahrtsfunktion auf der Grundlage der individuellen Präferenzen konstruiert werden kann. Dahinter steht die Idee, daß mit Hilfe der wirtschaftspolitischen Instrumente diese gesellschaftliche Wohlfahrtsfunktion maximiert werden sollte.

Es läßt sich zeigen, daß eine widerspruchsfreie Aggregation möglich ist, wenn die Präferenzen der Individuen eine bestimmte Homogenität aufweisen. Am bekanntesten ist die Bedingung der Eingipfligkeit der individuellen Präferenzen im Falle eines eindimensionalen Entscheidungsraumes. Anfangs der siebziger

Jahre ist allerdings abschließend nachgewiesen worden, daß bei mehrdimensionalen Entscheidungsräumen — wie sie in der Wirklichkeit in der Regel auftreten — eine widerspruchslöse Aggregation nur dann möglich ist, wenn die zugrunde liegenden individuellen Präferenzen praktisch vollständig homogen sind. In diesem Falle ist eine Aggregation natürlich trivial. Daraus muß geschlossen werden, daß das Konzept einer gesellschaftlichen Wohlfahrtsfunktion, die als Anleitung für die Wirtschaftspolitik dienen sollte, theoretisch (und auch empirisch) unhaltbar ist.

Politischer Wettbewerb

Die Wünsche der Konsumenten werden erfüllt, wenn die Firmen in Konkurrenz zueinander stehen und nur überleben können, wenn sie Produkte anbieten, die auch gekauft werden. Analog dazu werden in der Sicht von Downs die Wählerwünsche erfüllt, wenn die Parteien um die Stimmen konkurrieren. Gehen sie dabei nicht auf die Vorstellungen der Wähler ein, werden sie bei den Wahlen unterliegen und in einer Demokratie nicht an die Macht kommen. Die Forschung hat gezeigt, daß — wiederum in Analogie zum Modell der Konkurrenz auf einem Markt — stimmenmaximierende Parteien Programme anbieten und im Falle eines Wahlgewinnes auch durchführen, die pareto-optimal sind.

Dieses Ergebnis gilt nur für ein Modell mit zwei konkurrierenden Parteien. Im Falle von drei und mehr Parteien sind kaum mehr Aussagen möglich, vor allem weil die Möglichkeit der Koalitionsbildung zu berücksichtigen ist. Das gleiche gilt, wenn dynamische Elemente eingeführt werden.

Interessengruppen

Interessen in der Gesellschaft werden nur teilweise durch entsprechende Gruppen im politischen Prozeß vertreten. Gemeinsame Ziele allein genügen noch nicht zur Bildung und vor allem Aufrechterhaltung einer Interessengruppe. Dies wäre bestenfalls bei kleineren Gruppierungen möglich. Stabile Interessenvertretungen einer größeren Zahl von Personen oder Firmen kommen nur zustande, wenn den potentiellen Mitgliedern selektive Anreize in Form von privaten Gütern geboten werden, die ihren Eintritt und ihren Beitrag vorteilhaft erscheinen lassen. Andernfalls lohnt sich ein Beitritt nicht, weil die Aktivität der Interessengruppen im politischen Raum ein öffentliches Gut darstellt, das auch Nichtzahlende begünstigt. In vielen Fällen sind Interessengruppen auch das Ergebnis staatlichen Zwangs; zur Durchführung bestimmter wirtschaftspolitischer Konzeptionen und Maßnahmen braucht die Regierung und die staatliche Verwaltung einen organisierten Gesprächspartner, der die staatlichen Vorschriften bei seinen Mitgliedern durchsetzt, Informationen liefert, und im Austausch dafür staatliche Zuwendungen erhält (vgl. dazu z. B. die Bauernverbände oder die Kammern in Österreich). Auf dem Gebiet der Theorie der Interessengruppen ist die Forschung nur wenig über die Erkenntnisse in Olsons Werk weitergegangen.

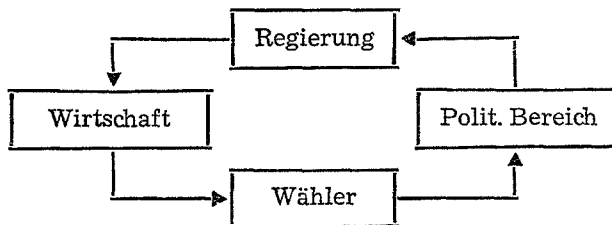
Die analytische Phase der Neuen Politischen Ökonomie hat die in den vier klassischen Werken zum Teil nur skizzenhaft entwickelten Gedanken präzise ausgearbeitet, verallgemeinert und verfeinert. Beinahe zwangsläufig ist dadurch

die Sicht verengt worden: Nicht selten ist die Rigorosität des theoretischen Ansatzes auf Kosten der Relevanz gegangen. Während die erwähnten klassischen Beiträge (mit Ausnahme von Arrow, der sich der mathematischen Logik bedient) leicht und anregend zu lesen sind und viele originelle Gedanken vermitteln, bewegen sich die Arbeiten in der analytischen Phase in ähnlichen Bahnen wie in der übrigen Wirtschaftswissenschaft, von der kaum behauptet werden kann, daß sie zur spannendsten Lektüre gehört. Die behandelten Fragestellungen sind zu einem gewissen Abschluß gekommen, auf einigen Gebieten — insbesondere bei der Präferenzaggregation und der Parteienkonkurrenz — kann sogar von einer Stagnation hinsichtlich des Inhaltes gesprochen werden. Diese Einschätzung ist subjektiv; noch immer arbeiten viele Wissenschaftler auf den angedeuteten Gebieten, in der Hoffnung, die wissenschaftliche Erkenntnis weiterzutreiben.

Empirische Testung (Politometrie)

In den allerletzten Jahren ist die Neue Politische Ökonomie wesentlich durch empirische Forschungen befruchtet worden. In den sechziger und anfangs der siebziger Jahre wurden zwar zaghafte Versuche unternommen, die empirische Analyse der „Klassiker“ zu testen. So wurde etwa untersucht, ob die Programme zweier konkurrierender Parteien tatsächlich zum Median konvergieren. Diesen Versuchen war nur geringer Erfolg beschieden, der Ansatz schien zur Herleitung testbarer Hypothesen wenig geeignet.

Der wesentliche Anstoß für quantitative Untersuchungen ist in der Tat durch eine neue Forschungsrichtung gegeben worden. Ab Mitte der siebziger Jahre sind „politisch-ökonomische Modelle“ entwickelt worden, die den gegenseitigen Zusammenhang des wirtschaftlichen und des politischen Bereichs zu erfassen suchen. Dabei wird relativ wenig auf einzelne Modelle der dritten Phase zurückgegriffen, sondern es wird von vorneherein versucht, Ansätze zu entwickeln, die sich quantifizieren lassen. Wie bisher wird dabei das allgemeine ökonomische Verhaltensmodell verwendet, wobei streng zwischen Präferenzen und Einschränkungen unterschieden, Substitution vorausgesetzt und eine systematische Reaktion der Individuen auf positive und negative Anreize unterstellt wird. In der einfachsten Form kann das politisch-ökonomische Gesamtsystem folgendermaßen dargestellt werden:



In diesem stark vereinfachten, aber wesentliche Zusammenhänge erfassenden Bild wird das Verhalten der Wähler und der Regierung betrachtet.

Die Wähler entscheiden sich am Wahltag, ihre Stimme für die Regierung abzugeben, wenn sie mit deren Leistungen in der Vergangenheit zufrieden sind. Neben rein politischen Einflüssen (zum Beispiel außenpolitischen Faktoren) wird die Leistung der Regierung vor allem an Hand der Wirtschaftslage eingeschätzt. Bei geringer Arbeitslosigkeit und Inflation und hohem realen Wachstum des Einkommens tendieren die Wähler dazu, die Regierung weiterhin zu unterstützen. Sind sie hingegen mit der Wirtschaftslage unzufrieden, neigen sie dazu, die Opposition zu unterstützen. Die Einschätzung der Regierung durch die Wähler kann nicht nur an Hand der bei Wahlen abgegebenen Stimmen, sondern auch mit Hilfe von Popularitätsumfragen erfaßt werden. Sie haben den Vorteil, daß sie häufiger — in der Regel monatlich — erhoben werden. Eine Untersuchung der Popularität der deutschen Bundesregierung in der Periode 1950 bis 1976 (Vierteljahresdaten) hat zum Beispiel ergeben, daß, wenn die Arbeitslosenquote um einen Prozentpunkt — z. B. von 2 auf 3 Prozent — steigt, die Popularität der Regierung *ceteris paribus* um 0,8 Prozentpunkte fällt, z. B. von einem Popularitätsniveau von 50,8 auf 50,0 Prozent. Steigt die Inflationsrate um einen Prozentpunkt, fällt die Popularität der Regierung um 0,7 Prozentpunkte, und steigt die Wachstumsrate des realen verfügbaren Einkommens um einen Prozentpunkt, steigt die Popularität der Regierung um 0,3 Prozentpunkte.

Für Österreich scheinen Popularitätsumfragen der wissenschaftlichen Forschung nicht zugänglich zu sein; Neck hat deshalb versucht, die Bewertung makroökonomischer Ziele durch die Wähler an Hand von Bundes- und Landtagswahlen zu erfassen. Die bisherigen Ergebnisse lassen vermuten, daß auch in Österreich ein Zusammenhang zwischen Vollbeschäftigung, Preisniveaustabilität und Wachstum des Einkommens und dem Stimmenanteil der Regierungspartei besteht.

Für die Regierung wird neuerdings meistens unterstellt, daß sie ihren Nutzen — die Verfolgung ihrer ideologischen Ziele — zu maximieren trachtet, wobei sie auf mehrere Einschränkungen Rücksicht nehmen muß. Insbesondere muß sie sich so verhalten, daß ihre Wiederwahl gesichert ist. Außerdem hat sie die finanzielle Budgetrestriktion und legale und administrative Einschränkungen durch die staatliche Verwaltung zu berücksichtigen. In den neueren Forschungen wird damit von der Hypothese der Stimmenmaximierung abgegangen. Sie erweist sich als Spezialfall der Hypothese der Nutzenmaximierung unter Beachtung der Wiederwahleinschränkung. Befinden sich zwei Parteien in einer Situation vollständigen Wettbewerbs um Wählerstimmen, ist es ihnen verwehrt, ideologischen Neigungen nachzugehen, die nicht mit den Präferenzen der Medianwähler übereinstimmen, weil sie ansonsten keine Chance haben, die Stimmenmehrheit zu erreichen. Die Stimmenmaximierung erweist sich nur in diesem wenig realistischen Fall als adäquate Verhaltenshypothese der Parteien.

Das skizzierte Modell des Regierungsverhaltens ist für verschiedene Länder empirisch (politometrisch) getestet worden. Es ist dabei unterstellt worden, daß die Regierung nur über beschränkte Informationen und Problemlösungskapazitäten verfügt. Sie kann das komplexe Problem einer dynamischen Maximierung unter Nebenbedingungen nicht formal lösen, sondern strebt nur einen zufriedenstellenden Zustand an (*satisfying behavior*). Es werden zwei Zustände unter-

schieden: Ist die Regierung überzeugt, daß sie wiedergewählt wird, kann sie es sich leisten, ihre ideologischen Präferenzen zu verfolgen, auch wenn sie nicht wählerwirksam sind. Eine vernünftige Hypothese ist etwa, daß rechtsstehende Regierungen die Staatsausgaben und Steuereinnahmen (im Vergleich zum Trend) zu vermindern, und linksstehende Regierungen die staatliche Tätigkeit auszuweiten tendieren. Muß die Regierung hingegen befürchten, daß sie unter den bestehenden wirtschaftlichen Verhältnissen nicht wiedergewählt wird, unternimmt sie Anstrengungen, ihre Popularität zu erhöhen, indem sie eine entsprechende Wirtschaftspolitik betreibt. Für die sechziger Jahre bis Mitte siebziger Jahre zeigt es sich, daß eine expansive Politik, die die Arbeitslosigkeit vermindert und die Wachstumsrate der Realeinkommen erhöht, zu einer Popularitätssteigerung führt, weil die ebenfalls indizierten Preissteigerungen relativ geringfügig und zeitlich verzögert sind. Im Falle eines „Popularitätsdefizits“ wird eine demokratische Regierung eine expansive Politik betreiben. Die politometrischen Untersuchungen deuten darauf hin, daß diese theoretisch abgeleiteten Hypothesen der Realität entsprechen.

Im Rahmen der in den letzten Jahren entwickelten politisch-ökonomischen Modelle haben die sogenannten politischen Konjunkturzyklen größte Beachtung gefunden. Sie werden von der Regierung bewußt erzeugt, um ihre Wiederwahlchancen zu verbessern. Politisch-ökonomische Zyklen können nur in Ausnahmefällen (z. B. für Israel) direkt an Hand der makroökonomischen Variablen Arbeitslosigkeit, Inflation und reales Wachstum beobachtet werden. Dies kann nicht erstaunen, weil die wirtschaftliche Konjunktur durch eine große Zahl unterschiedlicher Einflüsse bestimmt wird, wie z. B. den internationalen Konjunkturzusammenhang und rein wirtschaftliche Faktoren, wie Reinvestitionszyklen. Ein politischer Konjunkturzyklus läßt sich nur adäquat erfassen, wenn zuvor ein gut spezifiziertes theoretisches Modell entwickelt worden ist, das die Isolierung der entscheidenden Faktoren erlaubt.

Der politische Konjunkturzyklus wurde bisher vor allem im Zusammenhang mit der Phillips-Kurve, d. h. des Zusammenhangs zwischen Arbeitslosigkeit und Inflationsrate, untersucht. Eine stimmenmaximierende Regierung wird nach den Wahlen die Arbeitslosigkeit erhöhen und die Inflation dämpfen. Die damit erreichte Senkung der inflationären Erwartung verschiebt die kurzfristige Phillips-Kurve nach innen, so daß in der zweiten Hälfte der Wahlperiode eine günstigere wirtschaftliche Situation mit weniger Arbeitslosigkeit und weniger Inflation möglich ist. Auf die Wahlen hin wird eine expansive Politik betrieben, in der Gewißheit, daß die Inflationserwartungen sich nur langsam an die Realität anpassen, d. h. die Phillips-Kurve sich erst nach dem Wahltermin merklich nach außen verschiebt. Dieser Ablauf einer restriktiven Politik am Anfang einer Legislaturperiode und einer expansiven Politik auf die Wahlen hin kann auch ohne Verwendung der Phillips-Kurve plausibel erklärt werden. Ein wichtiger Faktor dabei ist, daß die Wähler nur über ein beschränktes Erinnerungsvermögen verfügen, d. h. die Regierung weiterhin unterstützen, wenn im Wahlzeitpunkt eine günstige Konjunkturlage herrscht, auch wenn infolge einer restriktiven Politik die Lage am Anfang der Legislaturperiode eher ungünstig war. Verschiedene Faktoren weisen auch auf die Bedeutung der

direkten Transfers zum Gewinn von Stimmen hin. In einigen Ländern ist auch die Preispolitik öffentlicher Unternehmen wichtig. Hubka und Obermann haben zum Beispiel für Österreich gezeigt, daß öffentliche Tarife und administrative Preise immer erst nach den Wahlen, nicht aber im Wahlzeitpunkt, erhöht werden.

Konsequenzen für die Wirtschaftspolitik

Die Neue Politische Ökonomie hat weitreichende Auswirkungen für die Theorie der Wirtschaftspolitik. Diese Konsequenzen sind erst in Umrissen sichtbar, die Forschung hat sich erst ansatzweise damit beschäftigt.

Die bisherigen Ansätze der Theorie der Wirtschaftspolitik — insbesondere die Theorie quantitativer Wirtschaftspolitik à la Tinbergen und Theil — gehen davon aus, daß die Regierung eine völlig autonome Institution sei, die im Interesse der gesellschaftlichen Wohlfahrt handelt. Die theoretischen und empirischen Untersuchungen im Rahmen der Neuen Politischen Ökonomie haben nun aber gerade gezeigt, daß diese Annahmen unhaltbar sind: Die Regierung ist ein endogener Bestandteil des politisch-ökonomischen Systems. Die Politiker maximieren keineswegs das Wohl der Gesellschaft, sondern verfolgen wie alle andern Handlungsträger ihren eigenen Vorteil. Die Neue Politische Ökonomie zeigt, daß die gesellschaftliche Wohlfahrt bei geeigneten demokratischen Institutionen gerade dadurch gefördert wird, daß die Politiker danach streben, an die Macht zu kommen.

Die Neue Politische Ökonomie erfordert eine neue Sicht der Theorie der Wirtschaftspolitik. Wäre das politisch-ökonomische System völlig geschlossen, so wären überhaupt keine wirtschaftspolitischen Eingriffe von außen her möglich; die Entwicklung des Systems wäre völlig durch die Parameter seiner Struktur vorgezeichnet. Das politisch-ökonomische System kann aber durchaus von außen beeinflußt werden, insbesondere verfügen die Handlungsträger nicht über vollständige Information. Der wirtschaftspolitische Berater kann somit den politisch-ökonomischen Prozeß dadurch beeinflussen, daß er den Entscheidungsträgern Informationen zukommen läßt, die ihre Handlungsweise verändert. Die Information kann auf zwei verschiedenen Ebenen ansetzen:

Auf der Ebene des gesellschaftlichen Grundkonsens werden die langfristig zu geltenden Spielregeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens festgelegt. Dazu gehört etwa die Garantie der demokratischen Rechte der Individuen und das Festlegen der Institutionen, die eine demokratische Auseinandersetzung gewährleisten.

Im laufenden politischen Prozeß kann der wirtschaftspolitische Berater den Wählern und der Regierung Informationen geben, wie sie ihre eigenen Ziele am besten erreichen. Sind die demokratischen Institutionen auf der Ebene des gesellschaftlichen Grundkonsens geeignet festgelegt, führt die Verfolgung des Eigennutzens der Wähler und der Regierung zur bestmöglichen Berücksichtigung der Präferenzen der Individuen. Auf dieser Ebene müssen z. B. die Wähler darüber aufgeklärt werden, inwieweit die Regierung für eine günstige oder ungünstige Wirtschaftslage verantwortlich gemacht werden sollte und inwieweit außenstehende Einflüsse dafür verantwortlich sind. Sie können auch

darüber informiert werden, ob die von der Opposition vorgeschlagene Wirtschaftspolitik zu einer besseren wirtschaftlichen Situation geführt hätte.

Aus diesen skizzenhaften Andeutungen sollte deutlich werden, daß sich eine derartige demokratische Theorie der Wirtschaftspolitik deutlich von den herkömmlichen Varianten der Wirtschaftspolitik abhebt.

Einschätzung des Standes der Forschung

Auf Grundlage der bisherigen Überlegungen lassen sich fünf Thesen formulieren:

(1) Die Neue Politische Ökonomie enthält viele offene Gebiete, in denen die Forschung für die Gesellschaft wichtige Erkenntnisse gewinnen kann.

(2) Die axiomatischen Theorien der Präferenzaggregation und der Parteienkonkurrenz sind weitgehend abgeschlossen. Demgegenüber erscheint die empirische Forschung — besonders im Rahmen politisch-ökonomischer Modelle — besonders fruchtbar. Auf diesem Gebiet ist noch viel zu leisten: Die bestehenden politisch-ökonomischen Modelle können auf die spezifischen institutionellen Gegebenheiten anderer Länder angewandt werden. Im Falle Österreichs müßte zum Beispiel der ausgeprägte Einfluß von Verbänden und öffentlich-rechtlichen Kammern mit hoheitlichen Funktionen berücksichtigt werden; ein politisch-ökonomisches Modell der Schweiz müßte die direktdemokratischen Elemente der Initiative und des Referendums gebührend berücksichtigen. Es müssen zusätzliche Entscheidungsträger in die Modelle aufgenommen werden. Im Vordergrund stehen die staatliche Bürokratie und die verschiedenen Formen der Interessengruppen. Gerade im Falle von kleineren Staaten müßte den internationalen Beziehungen Aufmerksamkeit geschenkt werden.

(3) Ein weiteres besonders fruchtbares Forschungsgebiet ist die Ausarbeitung der Konsequenzen der Neuen Politischen Ökonomie für die Theorie der Wirtschaftspolitik. Gerade hier steht die Entwicklung erst ganz am Anfang.

(4) Die Neue Politische Ökonomie sollte nicht zu einer bloßen Anwendung der neoklassischen Theorie auf politische Prozesse degenerieren (wie das weitgehend bei der amerikanischen Public Choice der Fall ist). Besonders unorthodoxe Ökonomen wie Boulding, Hirschmann, Galbraith oder Myrdal können wichtige Anregungen zur Weiterentwicklung der Neuen Politischen Ökonomie leisten.

(5) Die Neue Politische Ökonomie sollte sich bei der Analyse europäischer Länder bemühen, die hier bestehenden institutionellen Gegebenheiten, aber auch die hier bestehenden Werte und kulturellen Anschauungen herauszuarbeiten. Es sollten nicht — wie bisher oft üblich — die amerikanischen Vorbilder blindlings übernommen werden. Die in Europa betriebene Neue Politische Ökonomie sollte sich am europäischen Gedankengut orientieren, ohne jedoch die durch die moderne ökonomische Analyse vermittelten gedanklichen Instrumente aufzugeben. Eine derartige Entwicklung würde die Neue Politische Ökonomie noch näher an die hier bestehenden Probleme heranrücken und gleichzeitig die Diskussion mit der amerikanischen Public Choice in beiderseitigem Interesse befruchten.

Literatur

Einen Überblick über die drei ersten Phasen der Entwicklung der Neuen Politischen Ökonomie geben:

D. C. Mueller, Public Choice: A Survey. *Journal of Economic Literature* 14 (1976).

P. Bernholz, *Grundlagen der Politischen Ökonomie*. Mohr (Siebeck), Tübingen 1972 und 1974.

Im Buch von

B. S. Frey, *Moderne Politische Ökonomie*, Piper, München 1977,

wird neben den drei ersten auch ausführlich auf die vierte Phase, die empirische Testung politisch-ökonomischer Modelle, eingegangen.

Wesentliche Impulse zur Entwicklung der fünften Phase, der Konsequenzen für die Wirtschaftspolitik, stammen von

J. M. Buchanan, A Contractarian Paradigm for Applying Economic Theory. *American Economic Review, Papers and Proceedings*, 65 (May 1975).

Einige Möglichkeiten wirtschaftspolitischer Eingriffe bei endogenem Staat werden entwickelt bei

B. S. Frey, Eine Theorie demokratischer Wirtschaftspolitik. *Kyklos* 31 (1978).

